

RS Vwgh 1994/12/21 89/13/0088

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 21.12.1994

Index

10/07 Verwaltungsgerichtshof
32/01 Finanzverfahren allgemeines Abgabenrecht
40/01 Verwaltungsverfahren

Norm

AVG §37;
AVG §45 Abs3;
BAO §115 Abs2;
BAO §183 Abs4;
VwGG §45 Abs1 Z4;

Rechtssatz

Ein von der Partei behaupteter und auf Grund der von ihm geführten Zeugen voll inhaltlich bestätigter Sachverhalt muß der Partei nicht mehr zur Kenntnis gebracht werden. Die Vorschriften über die Gewährung von Parteigehör dienen nämlich nicht dazu, der Partei mitzuteilen, daß die Behörde dem Parteivorbringen Glauben schenkt bzw es als erwiesen annimmt, sondern dazu, der Partei Gelegenheit zur Äußerung zu geben, wenn das Ermittlungsergebnis von ihrem Vorbringen abweicht. Zu den rechtlichen Erwägungen, denen der ermittelte Sachverhalt zugrunde gelegt wird, ist jedoch auch dann kein Parteigehör zu gewähren, wenn die Erwägungen von jenen der Partei abweichen.

Schlagworte

Abstandnahme vom Parteigehör Parteigehör Allgemein Parteigehör Rechtliche Würdigung Parteigehör Verletzung des Parteigehörs Verfahrensmangel

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1994:1989130088.X01

Im RIS seit

02.10.2001

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>